Nummer 57 — 25. Jahrgang
Einzel wöch. Bezugspreis für März 6.— M einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 80 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftlicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, 10. März 1926
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Pelzmoden
Umarbeitung
Reparatur
Aufbewahrung
A. Vonier
Dresden
Strehlener Str. 8
Ruf 48477

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32722. Postscheckkonto Dresden 14797. Bankkonto: Bassenge & Fritsche, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altst. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32729 und 33538.

Gefechtspause in Genf

Heute keine Vollversammlung

Genf, 9. März.

Heute findet weder eine Sitzung des Rates, noch eine Vollversammlung des Völkerbundes statt. Am Nachmittag wird lediglich unter Chamberlains Vorsitz der Ausschuß für die Aufnahme Deutschlands zu einer Sitzung zusammentreten, die nur formaler Natur sein wird.

„Eine unerträgliche Lage"

Das Urteil der Pariser Presse.

Paris, 9. März.

Die Berichte der Pariser Presse über die Genfer Verhandlungen gehen davon aus, daß die Entwicklung einzig und allein von der Lösung der französischen Ministerkrise beherrscht werde. Der „Matin" glaubt, die deutsche Delegation fühle sich erniedrigt, weil sie auf ihren Platz in der Völkerbundsversammlung und im Völkerbundsrat warten müsse. **Wenn dieser Zustand anhalte, werde die Stimmung langsam nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt unerträglich werden.**

Die Haltung der beteiligten Länder sei unverändert. Polen zeige starken Widerstand gegen jede Kompromißlösung. Wenn Frankreich nicht heute oder morgen einen entscheidenden Anteil an der Lösung des Problems nehmen könne, werde es im Gegensatz zum Geist des Völkerbundes und zum Geist von Locarno Sieger und Besiegte geben. In dem mystischen Vertrauen auf den Sicherheitspakt hätten die Siegerstaaten die elementarsten Vorsichtsmaßregeln vernachlässigt. Sie hätten nicht 48 Staaten nach Genf rufen dürfen, ehe die Sicherheit für eine Einigung bestand. Europa halle sich erneut in feindliche Lager zusammen. Frankreich allein könne die Rückkehr Europas zu einem latenten Kriegszustand verhindern.

„Petit Journal" ist der Ansicht, daß der deutsche Vorschlag, wonach die übrigen Kandidaturen erst im September geprüft werden sollen, von Frankreich unter der Bedingung angenommen werden könne, daß Spanien, Brasilien und Polen sich ihm anschlössen und daß Deutschland sich schriftlich verpflichte, den drei Kandidaturen später keine Opposition zu bereiten. Leider spreche weder die Haltung der deutschen Delegation, noch die der deutschen Oeffentlichkeit dafür, daß eine solche Kompromißlösung möglich sei. Im „Echo de Paris" vertritt Pertinax die Ansicht, es gebe nicht nur ein deutsches „Non possumus" (Unmöglich), sondern auch ein schwedisches, spanisches, belgisches und polnisches „Non possumus". Die Schweden seien deutscher als die Deutschen. Belgien habe sich im geheimen gegen die spanische Kandidatur ausgesprochen, weil es fürchte, daß es dadurch aus dem Völkerbundsrat verdrängt werde.

Die Ratskandidaten

Genf, 9. März.

Folgende acht Staaten haben nunmehr ihre Ansprüche auf einen ständigen Ratssitz angemeldet: Spanien, Brasilien, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, China, Portugal und Jugoslawien.

Der polnische Außenminister Graf Skrzynski hatte verschiedene Unterredungen mit Chamberlain. Der englische Außenminister erwähnte, die besondere Stellung Englands sei bedingt durch die öffentliche Meinung und die Beschlüsse des Kabinetts. „Skrzynski hielt dem die delikate Stellung der polnischen Regierung angesichts der völligen Geschlossenheit der polnischen Volksmeinung entgegen. Auch Briand und Skrzynski hatten mehrere Unterhaltungen, die nach einer Meldung der Schweizer Depeschen-Agentur erkennen ließen, daß die französische Delegation, ohne außenpolitisch das kommende Kabinett festzulegen, doch den polnischen Wünschen in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen gewillt sei.

Belgrad, 9. März. Wie die „Novosty" meldet, ist auf der Konferenz der Kleinen Entente in Temesvar beschlossen worden, daß in Zukunft die Kleine Entente immer abwechselnd durch ein anderes „nicht ständiges" Mitglied im Völkerbundsrat vertreten sein soll. Nach der Tschechoslowakei soll im Herbst Rumänien und auf der nachfolgenden Tagung des Völkerbundsrates Südslawien gewählt werden.

Die Geheimverhandlungen

Paris, 9. März.

Ueber die Geheimverhandlungen, die der Völkerbundsrat gestern nach der offiziellen Sitzung geführt hat, berichtet der Havas-Vertreter in Genf, man habe sich mit dem Verfahren, das für die Zulassung Deutschlands einzuschlagen sei, beschäftigt. Paul Boncour habe als französischer Delegierter gefordert, daß die bisher üblichen Gebräuche und Regeln mit bezug auf Deutschland ebenso beobachtet würden, wie für die anderen Staaten. Der Völkerbundsrat habe insbesondere geprüft, welche Rolle der militärische und der Marineausschuß haben würden, die sich nach dem gewöhnlichen Verfahren über die Rüstungen in den Ländern, die ihre Zulassung beantragten, aussprechen müßten. Besonders infolge der Einwendung Paul Boncours sei beschlossen worden, daß den Sonderbestimmungen betr. die Entwaffnung Deutschlands Rechnung getragen werde und daß die Rolle des militärischen und des maritimen Ausschusses sich darauf beschränken müsse, von den früheren Entscheidungen der Botschafterkonferenz Kenntnis zu nehmen. Nach dieser Richtung sei also keine Schwierigkeit zu erwarten.

Die inneren Schwierigkeiten

Genf, 8. März.

Die Völkerbundsversammlung, die zu einer besonderen Tagung nach Genf berufen wurde, hauptsächlich zu dem Zweck, um über den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zu beschließen, steht unter keinem guten Zeichen. Es ist nicht so sehr die mit dem Rücktritt Briands geschaffene Lage, es sind vielmehr die inneren Schwierigkeiten, welche eine wenn auch nicht gerade bedrohliche, so doch scharf zugespitzte Situation in Genf geschaffen haben. Es hat sich nämlich in den Besprechungen der Staatsmänner mit den deutschen Delegierten in der Tat ergeben, daß die von verschiedenen Mächten erhobenen Ansprüche auf Zuteilung eines Ratssitzes doch ernsterer Natur sind, als man das verschiedentlich angenommen hat. Die Dinge stehen jetzt so, daß nicht mehr Polen im Vordergrunde steht. Polen wird vom Völkerbund kaum als Großmacht anerkannt werden, und im übrigen wird die Entscheidung über einen nichtständigen Ratssitz Polens zuerst im Herbst getroffen werden.

Damit ist aber die Lage für Deutschland nicht etwa leichter, sondern nur noch schwieriger geworden. Denn die Hauptfrage, um die es sich jetzt handelt, betrifft Spanien. Es hat sich tatsächlich in den Vorbesprechungen herausgestellt, daß von Spanien schon vor vier Jahren die Zusicherung auf die Erteilung eines ständigen Ratssitzes gewonnen worden ist und daß noch vor einiger Zeit diese Zusicherung für den Fall der nächst kommenden Veränderung in der Konstruktion des Rates wiederholt würde. Darauf dürfte sich Spanien berufen und seine Vertreter haben sogar gedroht, falls Deutschland allein aufgenommen werden sollte, ihre Stimme gegen diesen Antrag abzugeben. Da nun aber im Völkerbundsrat für eine solche Entschließung das Prinzip der Einstimmigkeit vorgeschrieben ist, würde eine nicht nur für Deutschland, sondern auch für den Völkerbund selber unerträgliche Lage geschaffen werden.

Es ist demnach eine sehr peinliche Situation, in welcher sich augenblicklich insbesondere die fremden Staatsmänner und unter ihnen an erster Stelle Chamberlain befinden. Chamberlain selber ist sichtlich bedrückt von den Vorgängen, die ihm seine Bewegungsfreiheit einengen. Bei der heutigen Eröffnung der Vollversammlung ist viel und in freundlichen Worten von dem deutschen Aufnahmegesuch gesprochen worden. Und der mit 36 von 55 Staaten zum Präsidenten der Vollversammlung gewählte Vertreter Portugals, Costa, hat eine schwungvolle Rede über den Geist von Locarno gehalten. Das hindert aber nicht daran, festzustellen, daß Genf augenblicklich ein Tummelplatz scharfer, zum Teil auch persönlicher Intrigen geworden ist, und daß einige Mächte hier sehr eigennützige Ziele verfolgen. Es wird ungeheuer schwer, hier den Ausgleich zu finden, um den sich Chamberlain sicherlich bemüht, wobei aber der Umstand, daß ihm die Hände gebunden sind, immer wieder hindernd sich geltend macht.

Die deutsche Delegation sieht vorläufig der Weiterentwicklung der Dinge in voller Ruhe und Zurückhaltung entgegen. Ihr Standpunkt in dieser Frage, wie er im Einklang mit der Volksvertretung festgelegt worden ist, wird unverändert bleiben und auch bei der weiteren Entwicklung der Dinge aufrechterhalten. Deutschland macht geltend, daß es zu der Frage der Ratserweiterung zunächst überhaupt keine Stellung nehmen kann. Das kann erst der Fall sein, wenn es Mitglied des Rates geworden ist und wenn es auf Grund eigener Erfahrungen und auf Grund des Studiums der Möglichkeiten einer Aenderung der Struktur des Völkerbundes sich Rechenschaft über die Lage zu geben vermag. Außerdem ist ja nicht abzusehen, ob überhaupt das Ende der Ansprüche bereits erreicht ist. Wenn es auch im Augenblick nicht angängig ist, die Einzelansprüche, die inzwischen erhoben worden sind, näher zu charakterisieren, so muß doch ausgesprochen werden, daß diese Ansprüche in einer ganz auffallenden Zahl und Form erhoben worden sind.

Eine entscheidende Wendung dürfte jedenfalls nicht eintreten, ehe nicht in Paris eine neue Basis gefunden worden ist. Von der Zusammensetzung und der Stellungnahme der neuen französischen Regierung dürfte es in erster Linie abhängen, wie sich die Dinge weiter in Genf gestalten. Briand wird für Mittwoch zurückerwartet. Man nimmt in Genf an, daß die französische Regierungskrise in außenpolitischer Beziehung keine Gefahr bedeuten kann, zumal es auch in Paris als völlig sicher gilt, daß Briand auch in dem neuen Kabinett das Außenministerium übernehmen wird. Briand hatte in der Locarno-Debatte geradezu vorzüglich abgeschnitten, und sein Hauptziel geht ja daraufhin, mit Genf seine Locarno-Politik, für die er sich mit Zähnen und Klauen und trotz aller auch im Auslande niemals verkannter Schwierigkeiten eingesetzt hatte, zum Endergebnis zu führen. Die Tatsache ferner, daß Briand trotz des er-

Die ersten Sitzungen

Genf, 9. März.

Die Tagung des Völkerbundes wurde gestern vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des neuen Ratspräsidenten Ishii-Japan mit einer nicht öffentlichen Sitzung eröffnet. Der Rat setzte seine Tagesordnung fest, deren wichtigster Punkt der Aufnahmeantrag Deutschlands ist, und faßte einige Beschlüsse über administrative Fragen. Die Sitzung dauerte ¾ Stunden. In einer anschließenden Geheimsitzung, an der nur die Ratsdelegierten selbst teilnahmen, wurde dann in die Erörterung der durch den Aufnahmeantrag Deutschlands aufgeworfenen Fragen eingetreten.

Die Vollversammlung des Völkerbundes trat um 3 Uhr nachmittags zu ihrer ersten Sitzung zusammen, die ebenfalls durch den Grafen Ishii eröffnet wurde. In seiner einleitenden Ansprache führte

Graf Ishii

aus: Am 9. Februar 1926 hat der Generalsekretär des Völkerbundes den Aufnahmeantrag Deutschlands erhalten. An demselben Tage hat der derzeitige Vorsitzende des Rates für den 12. Februar eine außerordentliche Ratssitzung nach Genf einberufen, die den baldigen Zusammentritt der Vollversammlung beschloß, damit Deutschlands Aufnahmeantrag ohne Verzögerung geprüft werden könne. Ich bin sicher, so fuhr Ishii fort, daß ich nicht nur die Empfindungen der hier versammelten Vertreter ausspreche, sondern auch die Anschauungen der ganzen Welt, die unseren Verhandlungen folgt, wenn ich dem Ereignis, das sie hier versammelt, die allergrößte Bedeutung beimesse. Eine große Nation beantragt, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Ich gestatte mir hierin ein Anzeichen dafür zu erblicken, daß dieses Ereignis nicht verfehlen werde, neue Hoffnungen zu erwecken und auf das Weltgewissen einen großen Einfluß auszuüben.

In einer zweiten Sitzung, die nach einer kurzen Pause stattfand wurde zum Präsidenten der Versammlung mit 36 von 48 abgegebenen Stimmen (7 Völkerbundsmitglieder waren nicht vertreten) der ehemalige portugiesische Ministerpräsident Alfonso da Costa gewählt. Auf den dänischen Gesandten in Berlin, Zahle, sind 8 Stimmen entfallen. Der neugewählte

Präsident da Costa

dankte darauf in einer kurzen Ansprache im Namen seines Landes und in seinem eigenen Namen für die ihm durch die Wahl erwiesene Ehre, und erklärte, daß Portugal ein entschiedener Verteidiger der Grundsätze sei, auf denen die segensreiche Tätigkeit des Völkerbundes zur Regelung der Beziehungen unter den Völkern beruhe. Die Dauer der gegenwärtigen außerordentlichen Tagung sei wesentlich kürzer als die anderen Tagungen der Völkerbundsversammlung, dafür sei aber ihre Aufgabe, nämlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, von um so größerer Bedeutung. Freilich gebe es noch manche andere Nation, welche noch außerhalb des Völkerbundes stehe, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika. Er würdigte dann in großen Zügen das Vertragswerk von Locarno und den in ihm verkörperten neuen Geist, mit dessen Hilfe künftig an Stelle von Gewalt die Vernunft und an Stelle von Konflikten die Verständigung herrschen soll. Er erinnerte ferner an ein Wort Chamberlains, wonach der Vertrag von Locarno der Erhaltung des Weltfriedens dienen werde und entbot allen, die zum Gelingen des großen Vertragswerkes beigetragen haben, die wärmsten Grüße der Versammlung.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Eröffnungssitzung trat dann die Versammlung um 4 Uhr 40 wieder zusammen und nahm den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten entgegen. Nach diesem Bericht ist die außerordentliche Völkerbundsversammlung von 48 Mitgliederstaaten beschickt, während die übrigen sieben Mitgliedstaaten, darunter auch wieder Argentinien und verschiedene kleinere südamerikanische Staaten keine Delegierten entsandt haben. Die Völkerbundsversammlung wählte den englischen Außenminister des ersten Ausschusses, der über den Aufnahmeantrag Deutschlands zu entscheiden hat, und den früheren französischen Handels- und Finanzminister Loucheur zum Vorsitzenden des Budgetausschusses, dem die Festsetzung des Jahresbeitrages Deutschlands und die nächsten Entscheidungen über den Bau eines Versammlungsgebäudes obliegen. Chamberlain und Loucheur sind gleichzeitig Vizepräsidenten der Völkerbundsversammlung. Außerdem wurden folgende 6 Delegierte zu weiteren Vizepräsidenten gewählt: Scialoja-Italien, Ishii-Japan, James Allen-Neuseeland, Caballero-Paraguay, Titulesco-Rumänien und Morales-San Domingo.

Die beiden Ausschüsse nehmen heute nachmittag um 4,30 Uhr ihre Beratungen auf. Die Versammlung vertagte sich darauf. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

SLUB
Wir führen Wissen.